

L1-Beschluss Demokratie statt autoritärer Umbau! - Ändern wir die Welt, bevor es andere tun.

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie
Status: Modifiziert

Antragstext

1 1. Rechtsruck und Widerstand

2 Politik kann die Welt verändern. Während die letzten Jahre von mangelndem
3 politischen Interesse geprägt waren, erleben wir aktuell eine gesellschaftliche
4 Polarisierung. Der Zuspruch zur demobilisierenden Stillstandspolitik der Großen
5 Koalition sinkt. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit dem
6 jahrzehntelangen Sozialstaatsabbau und der neoliberalen Deregulierungspolitik,
7 also dem Rückzug des Staates und der Übernahme durch privatwirtschaftlichen
8 Unternehmen in Bildung und Infrastruktur. Denn: die Schere zwischen Arm und
9 Reich klafft immer weiter auseinander. Laut dem Institut Deutscher
10 Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des
11 gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus
12 Vermögen wachsen schneller als die gesamte Wirtschaft, während die realen
13 Einkommen der ärmsten 40% der Gesellschaft - trotz Wirtschaftswachstum,
14 technologischem Fortschritt und "Beschäftigungswunder" etwa auf dem Niveau zu
15 Zeiten der Wiedervereinigung stagnieren. Befristete oder unsichere
16 Jobverhältnisse, Einkommen die zwar keine absolute Armut bedeuten aber auch
17 keine größeren Anschaffungen und Investitionen zulassen, strukturschwache
18 Regionen mit wenig öffentlichen Angeboten - all das nimmt vielen Menschen ein
19 sinnstiftendes Narrativ für ihr Leben. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA
20 werden in Hinterzimmern ausgehandelt und sehen vor, die demokratische Kontrolle
21 einzuschränken und Konzernen mehr Macht als der Allgemeinheit einzuräumen.
22 Dreckiger Kohlestrom wird weiter gefördert und das Abbaggern ganzer Dörfer
23 schreitet ungebremst voran. Angela Merkel hat es mit der Entpolitisierung und
24 Demobilisierung auf die Spitze getrieben: ihre Entscheidungen wurden nicht
25 politisch begründet, sondern als alternativlos dargestellt. Das Verständnis von
26 Politik als kleinteiliger Aushandlungsprozess unter Expert*innen, die sich
27 sowieso den ökonomischen Zwängen zu unterwerfen haben, demobilisierte und
28 erzeugte den Eindruck, die Stimme der*des Einzelnen könne ohnehin nichts ändern.

29 Abstiegsängste und die Frustration und Ohnmachtsgefühle über diese
30 Ungerechtigkeiten äußern sich häufig mehr in rassistischer Ausgrenzung, als in
31 progressiver Systemkritik. Europas Neue Rechte und Parteien wie die AfD, der
32 Front National oder die FPÖ konnten die gestiegene Anzahl derer, die in Europa
33 als Geflüchtete Schutz suchen, für ihre rassistische Hetze und nationalistische
34 Propaganda erfolgreich instrumentalisieren. Sie verschieben durch gezielte
35 Tabubrüche und Provokationen den politischen Diskurs nach rechts. Viele
36 Politiker*innen der so genannten etablierten Parteien haben statt mit
37 progressiven, antirassistischen Statements, mit nationalistischen Sprüchen, Law-
38 And-Order-Rhetorik, und Entrechtungsforderungen gegenüber Asylsuchenden auf

39 diesen Diskurs reagiert. Sie versuchten, aus dem Rechtsruck Kapital zu schlagen
40 und haben die Grenzen des Sagbaren damit selbst nach rechts bewegt. Natürlich
41 kann man der AfD nicht das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen aufgreift,
42 aufwertet und bestätigt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu positiver
43 Veränderung und Standhaftigkeit bei der Verteidigung von grundlegenden
44 demokratischen Prinzipien und beim Schutz von Menschenrechten. Gerade jetzt.

45 Die autoritären Kräfte der neuen Rechten mobilisieren durch eine diffuse
46 Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, sie schüren Ängste und liefern
47 keinerlei Lösungsansätze für die Probleme, vor welchen wir stehen. Ganz im
48 Gegenteil: Sie verstärken bestehende Ausbeutungsverhältnisse noch und treiben
49 die Gesellschaft weiter auseinander.

50 Viele Menschen merken, dass der Rechtsruck eine Bedrohung für die Demokratie und
51 eine friedliche Zukunft ist. Deshalb erfahren auch proeuropäische, feministische
52 und antirassistische Bewegungen und linkere Parteien einen größeren Zulauf. Das
53 progressive Potenzial, das die aktuelle Repolitisierung mit sich bringt, wollen
54 wir stärken und nutzen - nicht nur um den Status Quo gegen Schlimmeres zu
55 verteidigen, sondern um für positive Veränderung zu werben.

56 Der anstehende Wahlkampf und die derzeitige Polarisierung bieten uns die
57 Möglichkeit, Menschen mit progressiven grünen Inhalten zu erreichen, die noch
58 nicht politisch aktiv oder festgelegt sind. Gerade viele junge Menschen zeigen
59 in diesen Zeiten ein gesteigertes Interesse an Politik. Wir dürfen die Kritik an
60 aktuellen Missständen nicht den Rechten überlassen. Denn wir haben die Visionen
61 für eine bessere Zukunft, die vernünftigen Argumente und wir setzen uns für ein
62 solidarisches Miteinander ein. Wir wollen das gute Leben nicht nur für ein paar
63 wenige, sondern für alle möglich machen. Um langfristig etwas zu verändern,
64 müssen wir als Verband wachsen, viele Menschen politisieren und ihnen
65 Möglichkeiten zum politischen Handeln bieten.

66 **2. Wo steht die politische Linke?**

67 Die politische Linke leidet unter Depolitisierung. Auch das ist eine Ursache
68 dafür, dass die Neue Rechte aktuell so erfolgreich ist. Manche Konservative
69 führen den aktuellen Erfolg der Neuen Rechten auf den gesellschaftlichen
70 Überdruß mit einer Vorherrschaft linker Ideen - also einer linken Hegemonie -
71 zurück. Sie werfen den progressiven Kräften vor, dass sie die Gesellschaft mit
72 ihrem Veränderungswillen überforderten, dass linke Politik und linke Ideen an
73 ihrem eigenen Erfolg zu Grunde gingen. Sie verbuchen gesellschaftliche
74 Liberalisierung, die vor allem durch den Einfluss der Grünen stattgefunden hat,
75 als Realisierung einer linken Utopie, gegen die sich nun angesichts der
76 „wirklichen Probleme“ Unzufriedenheit hegt. Dabei wird komplett ausgeblendet,
77 dass Privatisierung, Kürzungen von Leistungen, Rückbau des Sozialstaats und
78 Priorisierung wirtschaftlicher Begründungen vor politischen Argumenten die
79 Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt haben. Diese Dominanz lässt sich durch
80 eine neoliberale Hegemonie erklären: Liberale Grundwerte des unregulierten
81 Marktes treffen auf aktive Eingriffe eines starken Staates, der vor allem im
82 Interesse und zur Stabilisierung der Märkte auftritt. Die neoliberalen Ideale
83 der Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische
84 Entwicklungen massiv prägen, wurden durch linke Politik der vergangenen
85 Jahrzehnte nie existenziell bedroht - im Gegenteil, zahlreiche linke Parteien
86 beteiligten sich an deren Umsetzung, was bis heute zu einem nachhaltigen

87 Vertrauensverlust an neuen wirtschaftspolitischen Konzepten durch progressive
88 Parteien beiträgt. Auch deshalb sind Bemühungen gescheitert, grundlegende
89 Probleme zu lösen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Am
90 Beispiel des Kampfs gegen die Klimakrise zeigt sich: Veränderungen alleinig
91 innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel durch
92 Zertifikatehandel und Selbstverpflichtungen von Unternehmen, werden der
93 Dringlichkeit des Problems nicht gerecht. Erst die nun aufkeimenden Zweifel am
94 nicht eingelösten Glücksversprechen vom Aufstieg durch Leistung und vom
95 Wohlstand für alle, stellen die neoliberal-konservativen wirtschaftspolitischen
96 Werte in Frage.

97 Unsere Aufgabe als emanzipatorischer Jugendverband ist es, den autoritären
98 Kräften eine Vision der positiven Veränderung entgegen zu setzen.

99 Wir dürfen uns nicht mit neoliberalen Phrasen von Chancengleichheit zufrieden
100 geben. Allein die gleiche Chance für jede*n, beim kapitalistischen Glücksspiel
101 vielleicht als Gewinner*in herauszukommen, ist kein Ziel einer emanzipatorischen
102 Linken, die wirkliche Gleichberechtigung für alle einfordert.

103 Wir stellen uns entschieden gegen Abschottung und Nationalismus. Forderungen
104 nach einem Zurück ins nationale Klein-Klein werden die soziale Schieflage der
105 Globalisierung nicht korrigieren, sondern einen Teufelskreis hervorrufen und zu
106 noch mehr Wettbewerbsdruck zwischen Nationalstaaten führen. Daraus abzuleiten,
107 dass eine weitere Liberalisierung und eine weiter unzureichend regulierte
108 Globalisierung das richtige Rezept gegen Nationalismus und Protektionismus
109 wären, ist ein Irrweg.

110 Neoliberale Antworten auf den autoritären Umbau erkaufen nur Zeit, sie bieten
111 aber keinen Schutz vor einem weiteren Rechtsruck. Links-liberale
112 Hoffnungsträger*innen wie Hillary Clinton in den USA, der kanadische
113 Premierminister Justin Trudeau oder der französische Präsidentschaftskandidat
114 Emmanuel Macron werden oftmals als entscheidende Kämpfer*innen gegen Rechts
115 gefeiert. Sie stehen für Europa und gegen den autoritären Umbau, gegen
116 Protektionismus, für Vielfalt und Weltoffenheit. Doch bei allem Richtigen und
117 Wichtigen, das sie fordern und umsetzen stehen sie auch für eine neoliberale
118 Wirtschaftspolitik, für das Leistungsprinzip und Wettbewerbsfähigkeit und damit
119 für den Erhalt sozialer Ungleichheit. Gleichwohl sie angesichts der
120 unmittelbaren Bedrohung von Rechtsaußen Bündnispartner*innen gegen die
121 Verschlechterung des Status Quo sind, werden sie an der Ungerechtigkeit und der
122 Unzufriedenheit, die dieses System hervorbringt langfristig scheitern und damit
123 den Nährboden der autoritären Kräfte nicht austrocknen.

124 Leider muss eine Kritik am Rückbau des Sozialstaats auch immer auf Parteien
125 zielen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden und die Aushöhlung der
126 Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten mitgetragen oder sogar aktiv
127 vorangetrieben haben und sich mit Liberalisierung im gesellschaftspolitischen
128 Bereich weitgehend zufrieden gaben. Politische Reformen, die bestimmte
129 gesellschaftliche Bereiche offener gestaltet haben und im Ansatz emanzipatorisch
130 waren, gingen mit einer häufig unkritischen, überstürzten und meist auf
131 nationale Standortvorteile bedachten Liberalisierung wirtschaftlicher Strukturen
132 einher. Letztere legte mit deregulierten Finanzmärkten den Grundstein für die
133 Finanzkrise und schuf neue Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Von
134 Präsident Bill Clinton in den USA über Tony Blair in Großbritannien mit seiner

135 New Labour bis hin zur Agenda 2010 in Deutschland - eingeführt von einer rot-
136 grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - linke Parteien haben sich auf
137 linke Politik im gesellschaftspolitischen Bereich konzentriert und neoliberal-
138 konservative Politik im ökonomischen Bereich betrieben.

139 Die meisten linken Parteien haben sich von der ursprünglichen Anbindung an
140 soziale Bewegungen entfernt und haben ihren Arbeitsschwerpunkt im
141 parlamentarischen Alltagsgeschehen. Das mangelnde Vertrauen der Menschen in
142 Politiker*innen und Parteien geht auch auf die zum Teil eher verwaltend
143 angelegte Ausrichtung des parteipolitischen Alltags zurück. Parteien haben aber
144 auch die Aufgabe neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und für
145 diese einzustehen, statt sich durch Zurückhaltung und den Verzicht auf
146 Festlegungen und klare Positionen unangreifbar zu machen. Gerade die Grüne
147 Partei ist zu ihrer Gründung als Tor für neue Ideen gerade auch von
148 außerparlamentarischen Bewegungen in das Parlament und mit dem Anspruch auf
149 Veränderung des politischen Systems angetreten. Diese Funktion ist nicht nur
150 dringend notwendig, sondern wird immer noch von den Grünen erwartet. Denn
151 politische Gestaltung gelingt nur mit einem visionären Horizont vor Augen. Wir
152 setzen uns für eine Politik ein, bei der nicht kurzfristiger Machterhalt,
153 sondern eine gute Zukunft für alle das Ziel ist. Deswegen kämpfen wir als GRÜNE
154 JUGEND an der Seite der sozialen Bewegungen für eine bessere Zukunft und setzen
155 uns dafür ein, dass auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN, soziale Bewegungen und Parlament
156 zusammen denken.

157 Eine emanzipierte Gesellschaft muss immer auch in Verbindung mit einer
158 grundlegenden Kritik an den ökonomischen Verhältnissen verbunden werden. Solange
159 wir nur einen Aufstieg der „Talentierten“ aus den Reihen von Minderheiten als
160 Sieg der Emanzipation feiern, feiern wir doch vor allem den Sieg von
161 Leistungsprinzip und Wettbewerb. Wir müssen soziale und kulturelle Kämpfe
162 zusammendenken. Nur so gelingt es uns, schlagkräftig gegen den Rechtsruck zu
163 sein. Wir dürfen linke Politik weder allein als Identitäts- und
164 Befindlichkeitspolitik verstehen, noch als politisch konsequenzlose
165 Theoriearbeit und Ideologiekritik, die nicht über die Feststellung einer
166 Konstruktion hinausgeht. Ein ökologisch nachhaltiger Lifestyle oder ein
167 Lesekreis sind noch keine Politik. Natürlich sind aber kritische Bildungsarbeit,
168 die Beschäftigung mit politischer Theorie und die Reflexion eigener
169 Handlungsspielräume wichtige Mittel für gemeinsames politisches Handeln. Als
170 links gelabelte Praxis, die nicht über individualisierte
171 Selbstverwirklichungsansätze und Selbstoptimierung hinausgeht, kann den Rechten
172 aber nichts entgegensetzen. Im Gegenteil birgt diese Individualisierung die
173 Gefahr der Entpolitisierung in sich. Denn sie verhindert eine wirksame
174 Gegenmobilisierung zum derzeitigen Rechtsruck. Doch genau so eine
175 Gegenmobilisierung müssen wir auf die Beine stellen, wenn wir bestehende
176 Ungerechtigkeiten abschaffen und die rechte Gefahr abwenden wollen. Dafür müssen
177 wir Menschen ansprechen, begeistern, überzeugen, organisieren und auf die Straße
178 bringen.

179 **3. Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2017**

180 Das ist unser Ziel als GRÜNE JUGEND für das nächste Jahr, das wir mit unserer
181 Kampagne zur Bundestagswahl erreichen wollen. Diese Kampagne bedeutet dabei mehr
182 als punktueller Wahlkampf, sie gibt uns die Möglichkeit, linke Visionen in die
183 Gesellschaft zu tragen. Und genau das zu tun ist enorm wichtig, wenn wir die
184 Demokratie retten wollen, die aus verschiedenen Richtungen bedroht ist. Diese

185 Gefahr müssen wir ernst nehmen. Als antifaschistische Jugendorganisation werden
186 wir die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts nicht
187 mitmachen oder hinnehmen. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen politische
188 Akteur*innen gesteigerte Aufmerksamkeit bekommen, ist es wichtig, dass es eine
189 klare, linke Stimme gegen Hetze und Hass der AfD gibt. Wir müssen gerade jetzt
190 entschlossen für universelle Menschenrechte, für demokratische Prinzipien und
191 für die Überzeugung eintreten, dass eine bessere Zukunft für alle Menschen
192 möglich ist. Wir kämpfen für eine europäische und demokratische Zukunft, gegen
193 Nationalismus, Abschottung und autoritären Umbau! Doch wir wollen nicht nur
194 gegen den Rechtsruck kämpfen, sondern die Verhältnisse verändern, die ihn
195 hervorgebracht haben und begünstigen. Dafür müssen wir viele Menschen von
196 unseren Visionen überzeugen um sie für eine ökologische Wende, gerechte Teilhabe
197 und ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu gewinnen. Die Möglichkeit,
198 endlich eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU und vor allem auch der
199 reaktionären und rassistischen CSU zu bilden, ist greifbar. Es gibt den
200 gesellschaftlichen Wunsch nach einem Regierungswechsel und nach politischem
201 Wandel. Auf dieser Stimmung wollen wir aufbauen, um für tatsächliche Veränderung
202 zu werben. Eine andere Zukunft ist möglich, wir haben es in der Hand, dass sie
203 auch Realität wird!

204 **3. 1. Welt ändern, aber wie?**

205 Die Bundestagswahlkampagne wollen wir nutzen, um für Klimagerechtigkeit und
206 gegen das Wirtschaften auf Kosten von Mensch und Umwelt zu mobilisieren. Schon
207 jetzt sind die Folgen der Klimakatastrophe für viele Menschen tagtäglich
208 spürbar- und wir sind die letzte Generation, die verhindern kann, dass es noch
209 viel schlimmer wird.

210 Unser Wirtschaften, unsere Energie und unsere Lebensweise darf nicht auf Kosten
211 anderer Menschen in anderen Regionen dieser Welt oder künftiger Generationen
212 geschehen. Wir lassen uns unsere Zukunft nicht von denen wegnehmen, die diesen
213 Planeten rücksichtslos zerstören. Diese Erde als unsere Lebensgrundlage zu
214 erhalten ist möglich, doch dafür müssen wir viele sein und gemeinsam mit
215 Menschen aus der ganzen Welt zusammen streiten – in den Parlamenten, auf der
216 Straße und in der Kohlegrube. Wir wollen die Probleme lösen, anstatt sie zu
217 verdrängen, wir wollen für ein besseres Klima kämpfen, anstatt den Kopf in den
218 Sand zu stecken. Wir kämpfen auf allen Ebenen für eine lebenswerte Zukunft, denn
219 die Welt rettet sich nicht von alleine.

220 Wir fordern:

- 221 • Den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas.
- 222 • Strom und Wärme mit 100% Erneuerbaren Energien und ein Ende des
223 Verbrennungsmotors.
- 224 • Den sofortigen Förderungsstopp von Braunkohle.

225 Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem sozialen Status oder
226 seines Geldbeutels, an der Gesellschaft teilhaben kann. Doch durch die
227 zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums und die Sparpolitik der Großen

228 Koalition werden immer mehr Menschen, und gerade junge Menschen, vom
229 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. 23,7 Milliarden Euro Überschuss haben
230 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahr 2016 erzielt. Die Große
231 Koalition und allen voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verschlafen die
232 dringend nötigen Investitionen in unsere Zukunft! Dabei ist so klar, wo das Geld
233 gebraucht wird: Öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken müssen schließen oder
234 erheben hohe Eintrittspreise. Einkaufszentren und Parkhäuser werden gebaut und
235 ersetzen Parks und Jugendzentren. Bolzplätze und Skateparks brauchen neue Tore
236 bzw. Rampen. Schulen und Universitäten sind total marode und der oftmals
237 privatisierte öffentliche Nahverkehr ist teuer und nicht ansatzweise ausreichend
238 ausgebaut. Jedes Jahr verschleißt mehr öffentliche Infrastruktur als neue
239 entsteht. Hinzu kommen massive Kürzungen im Bildungsbereich und ein eklatanter
240 Lehrer*innenmangel, die es im Zusammenspiel mit Leistungsdruck,
241 Verwertbarkeitslogik und autoritärer Organisierung des Schulsystems zunehmend
242 schwieriger machen, dass junge Menschen im Rahmen ihrer Schulbildung ein
243 kritisches Bewusstsein entwickeln, das in Anbetracht des gesellschaftlichen
244 Rechtsruckes so wichtig wäre. Schäubles "schwarze Null" ist damit aus Sicht der
245 Generationengerechtigkeit in hohem Maße unfair. Deshalb streiten wir für ein
246 Ende der Kaputtsparpolitik. Wir fordern Investitionen in eine kostenfreie und
247 gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in öffentliche Freiräume und in ein
248 kostenloses und gerechtes Bildungssystem. Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb
249 sollte Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängig sein: Der Öffentliche Personen-
250 Nahverkehr (ÖPNV) muss solidarisch finanziert werden, Fahrten müssen ohne
251 Tickets möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel
252 Geld jemand hat oder wo ein Mensch herkommt, und in der alle Menschen sich nach
253 ihren Wünschen frei verwirklichen können, solange sie nicht die Freiheit anderer
254 einschränken. Kämpfe mit uns gemeinsam für eine Welt, in der du deinen Platz
255 hast!

256 Wir fordern:

- 257 • Mehr Freiräume in Stadt und Land: Schöne Parks, gut ausgestattete
258 Jugendzentren und Sportplätze müssen finanziert werden und für alle zur
259 Verfügung stehen.
- 260 • Kostenlose Bildung und ganztägige Betreuung in bester Qualität von der
261 Krippe und Kita über die Schule und die Uni bis zur Berufsschule -
262 Mensaessen inklusive.
- 263 • Einen hochwertigen und gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV im ganzen Land,
264 der umlagefinanziert wird. Damit Mobilität für alle möglich ist.

265 Das letzte Jahr war von enormen Angriffen auf die Errungenschaften, die mutige
266 Aktivist*innen vor uns erreicht haben, gekennzeichnet. Rechte Parteien
267 verbreiten immer stärker ihre antifeministische, LGBTIQ-feindliche und
268 rassistische Hetze. Doch auch in der Gesamtgesellschaft läuft vieles schief:
269 Frauen dürfen nicht selbst über ihren Körper entscheiden und leisten nach wie
270 vor einen großen Teil der unbezahlten und gering geschätzten Care-Arbeit,
271 Schwule und Lesben werden als Bedrohung für Familie diffamiert, Menschen die
272 nicht in die binären Geschlechterkategorien Mann, Frau passen werden in diese
273 Geschlechterkategorien gezwungen und Menschen, die Esra und nicht Lisa heißen
274 werden gefragt "wo sie wirklich herkommen" und gesellschaftlich schikaniert. Das
275 akzeptieren wir nicht. Wir alle sollen selbstbestimmt und in Freiheit leben

276 können! Das bedeutet für uns, dass wir selbst entscheiden können, wie wir uns
277 kleiden, wen wir lieben, ob und mit wem wir Sex haben und wie wir leben. Und wir
278 alle müssen ohne Diskriminierung leben können, egal wo wir herkommen, wie wir
279 aussehen oder welche Hautfarbe wir haben. Wir stehen solidarisch zueinander und
280 kämpfen gemeinsam gegen diejenigen, die uns den Respekt verweigern und unsere
281 Rechte in Frage stellen.

282 Wir fordern:

283 • Familienvertrag statt Ehe! Wir wollen, dass Menschen, die füreinander da
284 sein und sorgen wollen dies auch rechtlich abgesichert tun können - egal
285 welchen Geschlechts und egal ob zu zweit, zu dritt oder whatever

286 • Eine Reform des Transsexuellengesetzes, damit alle Menschen frei und
287 unkompliziert darüber entscheiden können, unter was für einem oder keinem
288 Geschlecht sie registriert werden wollen und die Vielfalt der Geschlechter
289 auch rechtlich anerkannt wird

290 • Eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von Krankenkassen für alle
291 Menschen

292 • Eine Kostenübernahme von allen Schwangerschaftsabbrüchen durch die
293 Krankenkassen, die Abschaffung der Pflichtberatung und die legalisierung
294 aller von Schwangeren gewollten und von Ärzten durchgeführte
295 Schwangerschaftsabbrüchen

296 **3. 2. Wurzeln schlagen & wachsen**

297 Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir viele Menschen erreichen und dürfen
298 nicht nur in unserer Blase wahrgenommen werden. Dafür müssen wir raus auf die
299 Straße, raus aus unserer Filterblase im Netz, die politische Auseinandersetzung
300 und das Gespräch mit verschiedenen Menschen suchen. Wir müssen klare Kante
301 zeigen, aber Menschen auch von positiven Veränderungsmöglichkeiten begeistern.
302 Wir müssen einen eigenständigen Wahlkampf machen und unsere eigenen Ideen und
303 Konzepte in den Fokus rücken. Wir wollen junge Menschen jedoch nicht nur dazu
304 animieren, einmalig ihre Stimme abzugeben, sondern wir wollen sie politisieren
305 und sie auch dazu motivieren, langfristig politisch aktiv zu sein, sich
306 einzubringen und mit uns für eine Veränderung zu kämpfen. Wir wollen als Verband
307 wachsen und möglichst viele junge Menschen aktivieren und mobilisieren. Deshalb
308 setzen wir ganz besonders auf die Arbeit in den Ortsgruppen. Die lokale Ebene
309 ist der Ort, wo wir kontinuierlich arbeiten und Menschen direkt ansprechen
310 können. Nur wenn wir starke Ortsgruppen haben, können wir als Verband wachsen
311 und uns weiter entwickeln, denn vor Ort motivieren und erreichen wir die Leute.
312 Gleichzeitig müssen diese schlagkräftigen Ortsgruppen sich austauschen,
313 vernetzen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Wir haben eine klare
314 gemeinsame Botschaft - und die wollen wir lokal umsetzen und nach außen
315 transportieren. Im Wahlkampf heißt es auch raus aus der Komfortzone - wir wollen
316 nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch im ländlichen Raum jungen
317 Menschen die Möglichkeit geben, politisch mitzumischen und junggrüne Inhalte
318 verbreiten. Dieser Wahlkampf gibt uns die Chance, Wurzeln zu schlagen und zu
319 wachsen - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

320 3.3. Unsere Erwartungen an die Wahl

321 Bei der Bundestagswahl geht es um mehr als nur ein gutes Grünes Ergebnis, unser
322 Kampf endet nicht mit der Wahl am 24. September, sondern geht darüber hinaus.
323 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grünen sich in möglichen
324 Koalitionsverhandlungen nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern für
325 progressive, linke und emanzipatorische Inhalte einstehen. Für uns ist dabei
326 klar: Regieren ist kein Selbstzweck, sondern nur sinnvoll, wenn dadurch grüne
327 progressive Inhalte umgesetzt werden können. Dabei muss sich die Grüne Partei im
328 Vorfeld klare rote Linien geben, hinter die nicht zurück gefallen werden darf.
329 Die Grünen dürfen bei einer möglichen Koalitionsbildung nicht beliebig sein,
330 sondern müssen klar machen, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nur dann
331 möglich ist, wenn bestimmte inhaltliche Mindestanforderungen erfüllt sind. Eine
332 Koalition, die Grüne Inhalte nicht aufgreift und die Grundsätze unserer Partei
333 verrät, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

334 Auch wir als GRÜNE JUGEND werden uns im kommenden Programmprozess und in den
335 möglichen Koalitionsverhandlungen für progressive Inhalte einsetzen. Dabei
336 werden wir uns insbesondere für folgende Ziele einsetzen und sie als unsere
337 Erwartungen an eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung vorbringen:

338 Wir erwarten eine Abkehr von der menschenverachtenden Asylpolitik der Großen
339 Koalition. Dazu gehört die Rücknahme des EU-Türkeideals und der
340 Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Das bedeutet auch, dass ein
341 Kurswechsel in diesem Bereich deutlich erkennbar ist, zum Beispiel durch den
342 Einsatz für humanitäre Visa und legale Fluchtwege.

343 Außerdem fordern wir von einer möglichen Koalition die Umsetzung der Ziele aus
344 unseren feministischen und queeren Kämpfen, also die längst überfällige
345 Abschaffung des Ehegatt*innensplittings, eine Reform des Transsexuellengesetzes,
346 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, echte Lohngleichheit und die Ehe für
347 alle Paare, unabhängig des Geschlechtes der Partner*innen.

348 Die kommende Bundesregierung muss Europa zusammenhalten und die Europäische
349 Union umgestalten: Hier ist Handlungsfähigkeit gefragt. Europa muss
350 demokratischer werden und enger zusammenrücken. Dazu muss auch eine
351 Bundesregierung sich selbst zurücknehmen und die europäische Ebene gegenüber der
352 nationalen Ebene stärken.

353 Wir machen uns stark für tatsächliche Teilhabe und Gerechtigkeit in ganz Europa,
354 also für massive Investitionen und damit einem Ende der Austeritätspolitik. Wir
355 brauchen mehr Ausgleich und mehr Solidarität in Europa. Dazu gehören ein
356 gemeinsames Budget für die Eurozone, strengere Regeln im Finanzmarktsektor,
357 europäische Finanztitel zur Schuldenaufnahme als auch eine europäische
358 Arbeitslosenversicherung. Wir fordern die Einführung der
359 Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung der ALG-2-Sanktionen und den
360 entschlossenen Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Dringend notwendig ist der
361 Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit, wie zum Beispiel durch eine progressive
362 Vermögenssteuer und eine Stärkung der gesetzlichen Rente, die für alle
363 existenzsichernd sein muss und eine gerechtere Verteilung auch im Alter im Blick
364 hat. Dazu kommt der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, sowie die
365 Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um Teilhabe zu fördern und
366 nachhaltige Mobilität auszubauen muss das Projekt des ticketlosen ÖPNV

367 angestoßen werden, der allen Menschen Mobilität ermöglicht. Außerdem setzen wir
368 uns für eine gesetzliche Grundlage ein, um mit Maßnahmen wie einer Citymaut und
369 einer Staugebühr Autoverkehr zu reduzieren und die Luft in den Städten zu
370 verbessern.

371 Von einer grünen Regierung erwarten wir echten Klima-, Umwelt- und Naturschutz.
372 Dazu gehört die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Ende der
373 Verwertbarkeit unserer Lebensgrundlagen. Handelsabkommen à la TTIP und CETA
374 dürfen nicht mit grünen Stimmen und vorbei an einer demokratischen
375 Öffentlichkeit durchgeboxt werden. Wir wollen stattdessen eine faire und
376 multilaterale Handelspolitik mit hohen sozialen und ökologischen Standards
377 jenseits von nationalen Grenzen.

378 Gleichzeitig wollen wir, dass eine mögliche Koalition sich für Freiheit stark
379 macht, also klaren Einsatz für Freiheits- und Bürger*innenrechte zeigt und sich
380 entschlossen der Massenüberwachung und dem Generalverdacht in den Weg stellt,
381 sich gegen Aufrüstung und staatliche Repression stark macht und mindestens
382 Cannabis endlich legalisiert.

383 **3.4. Wie geht es weiter?**

384 Das Ende des Wahlkampfs bedeutet nicht das Ende unserer Verbandsentwicklung.
385 Ganz im Gegenteil gilt es gerade dann, die Grundlagen, die im Wahlkampf
386 geschaffen wurden zu nutzen und umzusetzen. Die Menschen, die im Wahlkampf neu
387 dazu gekommen sind, müssen wir willkommen heißen und einbinden. Die
388 verschiedenen Ebenen des Verbandes, insbesondere die neuen aktiven Ortsgruppen
389 müssen wir vernetzen und viele neue Menschen mit unserer Bildungsarbeit
390 erreichen. Theoriearbeit müssen wir als ein Mittel für die Verwirklichung einer
391 freien und solidarischen Gesellschaft begreifen, denn kritische Bildungsarbeit
392 ist eine Triebkraft für positiven Wandel.

393 Allen Mitgliedern soll diese Theoriearbeit zugänglich sein, denn sie bietet
394 gerade neuen Menschen die Möglichkeit, ihre individuellen Erfahrungen von
395 Ungerechtigkeit in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen und daraus eine
396 politische Kritik und den Wunsch nach Veränderung abzuleiten. Diese kritische
397 Bildungsarbeit wollen wir mit einer politischen Praxis verbinden, die
398 Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten
399 und Grenzen kennen lernen lässt, sie an demokratische Prozesse heranführt und
400 Solidarität erlebbar macht. Dafür wollen wir uns mit den politischen Kämpfen vor
401 uns auseinander setzen, mit ihren Erfolgen und ihren Fehlern, und so auf sie
402 aufbauen. Wir müssen uns mit den Grundlagen dieser Gesellschaft beschäftigen und
403 uns über langfristige Ziele und Strategien für die GRÜNE JUGEND, als linke
404 Jugendorganisation, Gedanken machen. Unser Ziel muss es sein, nicht nur in der
405 Mitgliederzahl zu wachsen, sondern diesen Mitgliedern auch neue politische
406 Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das können wir nicht
407 alleine schaffen, dafür brauchen wir dich! Im nächsten Jahr kommt es auf jede
408 und jeden von uns an. Wenn es jede*r schafft, mindestens drei Freund*innen zum
409 Mitmachen zu bewegen, dann haben wir viel geschafft. Nur wenn wir viele sind,
410 nur wenn wir aktiv sind, nur wenn wir rausgehen und laut sind, können wir mit
411 unseren politischen Zielen Menschen erreichen.

412 [#weltaendern](#)

413 Nur gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen, den Status Quo der Großen
414 Koalition beenden und linke Visionen umsetzen. Die Zukunft liegt in unserer Hand
415 - ändern wir die Welt, bevor es andere tun!

Begründung

Wir stehen vor einer enorm wichtigen Wahl. Bei der Bundestagswahl 2017 wird im größten Land Europas gewählt und in Zeiten von Brexit und Trump und der Gefahr des autoritären Umbaus der Demokratie kommt es auf uns an, dass wir Widerstand leisten. Wir wollen aber nicht nur gegen den Rollback, sondern auch gegen den Stillstand der Großen Koalition auf die Straße gehen. Denn vieles läuft schief und wir wollen die Welt ändern, bevor es andere tun. Mit unserem Leitantrag wollen wir unsere Position festlegen sowie unsere Rolle in diesem Wahljahr und darüber hinaus bestimmen.